

Nr. 1/09

Newsletter

VKL

für Vertrauensleute in der
Salzgitter Service und Technik GmbH

Internet: www.vkl-szst.de



In dieser Ausgabe:

Seite 1

- Aktionstage Berlin
- Verursacher müssen zahlen
- Beschäftigungsgipfel

Seite 2

- Ein neuer Sozialpakt für Europa
- VKL-Termine im Mai
- Die Zahl der Woche

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit dem neuen Newsletter wollen wir als VKL zukünftige interessante und aktuelle Themen an Euch herantragen.

Wir hoffen, dass die Newsletter dazu beitragen, dass Ihr Eure betriebliche Gewerkschaftsarbeit zu einzelnen Themenstellungend damit besser vollbracht werden kann.

Impressum:

Vertrauenskörperleitung der IGM in der SZST GmbH, Eisenhüttenstrasse 99, 38239 Salzgitter. Interne Anschrift: 18 BR/VKL V.i.S.d.P.: Nils Knierim, VK-Leiter



Die Verursacher müssen zahlen!

Am 16. Mai werden in Berlin nicht nur deutsche GewerkschafterInnen demonstrieren – aus vielen Ländern Europas haben sich bereits KollegInnen angesagt, um im Rahmen der Europäischen Aktionstage des EGB unüberhörbar von den nationalen Regierungen und der EU zu fordern: „Die Krise nachhaltig bekämpfen. Wir wollen einen Sozialpakt für Europa!

Die Verursacher müssen zahlen.“ Ebenso werden deutsche GewerkschafterInnen aus grenznahen Regionen nach Brüssel oder Prag reisen, um zu zeigen: Die Krise lässt sich nur international lösen – Protektionismus ist keine Lösung.

DGB und EGB fordern unter anderem ein erweitertes Konjunkturprogramm, eine Neuausrichtung der Europäischen Zentralbank auf Wachstum und Vollbeschäftigung, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, höhere Löhne und sichere Renten, einen starken Sozialstaat und mehr Kaufkraft sowie den Vorrang sozialer Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten in der Europäischen Union.

Zeitplan: Ab 11 Uhr finden am Kapelleufer (Hauptbahnhof) und am Breitscheidplatz (Nähe Bahnhof Zoo) die **Auftaktkundgebungen** statt.

Die Demonstrationzüge setzen sich um **12.30 Uhr** in Bewegung.

Die Hauptkundgebung beginnt um **14 Uhr** an der Siegessäule (Straße des 17. Juni). Dort wird unter anderem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer reden.

„Zitat“

„Ich fürchte, dass es nach der Finanz- und Wirtschaftskrise in Kürze eine soziale Krise geben wird, die vor allem durch Massenarbeitslosigkeit geprägt sein wird und Einkommensverluste für viele Menschen bedeutet. Dies kann dazu führen, dass das Vertrauen in das politische System deutlich zurückgeht. Daraus könnte ein explosives Gemisch mit dramatischen Folgen für Europa entstehen.“

Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg

Gewerkschaften demonstrieren europaweit

Mit europaweiten Aktionstagen vom 14. bis 16. Mai wollen die europäischen Gewerkschaften ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass Leidtragende der Krise nicht die ArbeitnehmerInnen sein dürfen.

Unter dem Motto „Die Krise bekämpfen“ rufen DGB und EGB im Rahmen der Aktionstage auch zu einer Demonstration am 16. Mai in Berlin auf. „Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen“, heißt es im gemeinsamen Aufruf von DGB und EGB. Weitere Großdemonstrationen finden am 14. Mai in Madrid, am 15. Mai in Brüssel und am 16. Mai in Prag

Beschäftigungsgipfel light

Auch auf ihrem letzten Gipfel am 19./20. März in Brüssel haben die Staats- und Regierungschefs gezeigt, dass sie den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben. So haben sie beschlossen, dass am Beschäftigungsgipfel am 7. Mai in Prag nicht wie geplant alle 27 Staats- und Regierungschefs teilnehmen.

Stattdessen soll es nur ein Treffen zwischen dem Kommissionspräsidenten, dem Ratspräsidenten und den Sozialpartnern geben. Im Rat konnten sich diejenigen Länder durchsetzen, die glauben: Die EU habe keine Kompetenzen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik, die Probleme sollten national gelöst werden.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss haben die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs scharf kritisiert.

Abfahrtszeiten für IGM-Ortsverwaltung Salzgitter-Peine nach Berlin am 16. Mai 2009

Salzgitter:

Salzgitter-Bad (Busbahnhof) um 7.00 Uhr
Salzgitter-Lebenstedt (Rathaus) um 7.00 Uhr
Salzgitter-Beddingen (VW-Parkplatz) um 7.30 Uhr

Wolfenbüttel:

Spinnerei Parkplatz um 7.00 Uhr
Busbahnhof ZOB oder WF um 7.00 Uhr

Peine:

Gewerkschaftshaus um 7.00 Uhr

Aktiv werden- mitfahren!

Ein neuer Sozialpakt für Europa

Damit sich die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zur sozialen Krise ausweitert, fordern die europäischen Gewerkschaften einen neuen Sozialpakt für Europa, der die Menschen schnell und nachhaltig schützt.

Nicht erst seit Beginn der aktuellen Krise ist in Europa „die Balance zwischen sozialer Gestaltung und dem Ausbau des Binnenmarktes massiv gestört“, stellt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fest. Seit einiger Zeit machen sich DGB und EGB deshalb für eine „soziale Fortschrittsklausel“ in allen europäischen Grundlagenverträgen stark.

„Wir brauchen ein Europa, das für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht nur für die Wirtschaft attraktiv ist. Soziale Grundrechte müssen grundsätzlich Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben und in einer sozialen Fortschrittsklausel in den Verträgen verankert werden“, erklärt Sommer. Angesichts der massiven Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Menschen in Europa reicht das allein aber nicht mehr aus. Die europäischen Gewerkschaften fordern deshalb einen umfassenden Sozialpakt für Europa, der verbindliche Vorgaben für mehr und bessere Jobs und eine nachhaltige Sozialpolitik enthält.

Handlungsbedarf sehen die Gewerkschaften auf vielen Politikfeldern. So sollte die Europäische Beschäftigungsstrategie künftig vor allem auf die Bewältigung der Krise ausgerichtet werden – mit sinnvollen arbeitspolitischen Maßnahmen wie „Kurzarbeit statt Entlassungen“ und einem „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“. Ebenso muss das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ im Rahmen eines Sozialpaktes europaweit durchgesetzt werden.

Dazu bedarf es einer Revision der Entsenderichtlinie. Um schnelle Hilfe leisten zu können, müssten zudem der Europäische Sozialfonds und der Globalisierungsfonds an die Herausforderungen der Krise angepasst werden.

Auch EU-Wirtschaftskommissar Joaquin Almunia erklärte nach einem Meinungsaustausch mit dem DGB-Bundesvorstand am 7. April in Berlin, dass die EU Strategien entwickeln müsse, um den negativen Folgen der Krise auf Beschäftigung und Sozialsysteme zu begegnen. In der Praxis ist davon aber noch wenig zu erkennen (Seite 2). Die deutschen Gewerkschaften seien sich mit Almunia einig, dass am Ende der Krise ein neuer Sozialpakt für Europa stehen müsse, sagte Sommer. Uneins sei man aber darüber, wie er gestaltet sein muss. „Wir werden nicht hinnehmen, dass Arbeitnehmerrechte weiter hinter den Binnenmarktfreiheiten zurück stehen“, betonte Sommer. „Wir



VKL-Termine:

- **30.04.2009 ab 19.00 Uhr**
Tanz in den Mai in der Kulturscheune
- **01.05.2009 ab 10.00 Uhr**
Mai-Kundgebung, Treffpunkt:
Reppnersche Straße, 11.00 Uhr Beginn
der Kundgebung mit anschließendem
Familienfest.
- **04.05.2009 um 11.00 Uhr**
Vertrauensleute-Vollkonferenz aller
SZAG-Betriebe am Standort Salzgitter im
Infozentrum, Tor-1.
- **06.05.2009 um 13.00 Uhr**
Sitzung der VKL-SZST im kleinen
Sitzungszimmer des Betriebsrates
- **14.05.2009 um 10.00 Uhr**
Vertrauensleute-Sitzung des Bereiches
Werkstätten im großen Sitzungszimmer-BR-
SZST
- **15.05.2009 um 9.30 Uhr**
Vertrauensleute-Sitzung des Bereiches
techn. Dienstleitungen im großen
Sitzungszimmer des BR-SZST
- **20.05.2009 um 13.30 Uhr**
Vertrauensleute-Sitzung des Bereiches
Service und Dienstleistungen im großen
Sitzungszimmer des BR-SZST

Die Zahl der Woche: 3 000 000 000 000 €

Drei Billionen Euro haben die EU-Staaten bisher aufgewendet, um die Folgen der Krise zu minimieren. 2,3 Billionen Euro machen allein die Risikoschirme und Staatsgarantien für Banken und Finanzinstitute aus.

DGB: G20-Beschlüsse schnell umsetzen

Als „ein erfreulich konkretes Dokument“, das eine gute Handlungsgrundlage für die EU und die Bundesregierung darstellt, hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Ergebnisse des Londoner G20-Gipfels gewürdigt.

Bei ihrem Finanzgipfel am 2. April verständigten sich die G20-Staaten unter anderem darauf, die Finanzmarktaufsicht international zu verbessern. Dazu soll eine neue Institution – das Financial Stability Board (FSB) – geschaffen werden. Jetzt komme es entscheidend darauf an, dass alle Staaten und die EU den Rahmen möglichst schnell mit konkreten Beschlüssen ausfüllten, forderte Sommer. Dann könnte es tatsächlich gelingen, die Finanzmärkte zu regulieren und zu kontrollieren, um künftig Auswüchse und daraus resultierende globale Krisen zu vermeiden. Erforderlich sei ein Finanzprodukte-TÜV, der unseriöse und unsichere Finanzprodukte aufdecke und vom Markt nehme, betonte Sommer. Dafür sei es notwendig, das neue FSB mit entsprechenden Aufgaben und Kompetenzen auszustatten.